

Staatliches Pensionssystem stürzt weiter ab.

Zuschuss-Finanzierung der Pensionen bringt Österreichs Staatsfinanzen immer weiter ins Trudeln.

Dramatischer Absturz im internationalen Mercer-Ranking

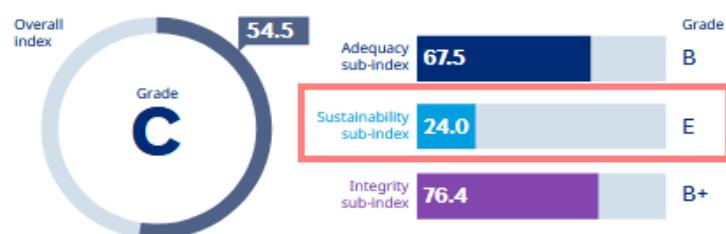
Die jüngste Mercer-Studie, der „Mercer CFA Institute Global Pension Index 2025“, liefert ein weiteres **besorgniserregendes Signal für die heimische Politik**: Österreich stürzt im internationalen Vergleich der Pensionssysteme um weitere 7 Plätze ab und kommt nur noch **knapp vor dem Schlusslicht** zum Stehen. Ergibt **Platz 47 von 52** untersuchten Ländern. Besonders kritisch fällt die Beurteilung in den Kategorien Nachhaltigkeit und Integrität aus. **Spitzenreiter sind die Niederlande, Island und Dänemark**, die die Nachhaltigkeit ihrer Systeme durch private Vorsorgeelemente verbessern konnten.

Demographischer Wandel setzt dem Umlageverfahren weiter zu!

Die Bewertung erfolgt anhand von **drei**

Säulen: Angemessenheit (40 %), Nachhaltigkeit (35 %) und Integrität (25 %). Österreich verliert vor allem bei der Nachhaltigkeit. Hier landen wir in der **schlechtestmöglichen Kategorie E**, was auf die demografische Entwicklung und fehlende Reformen zurückzuführen sei. Die **Gesamtstudie**, aus der die Graphik stammt, können Sie [hier herunterladen...](#)

Austria



Österreich verharrt trotz des demographischen Wandels weiter in seinem Modell der Umlagefinanzierung, wo Jahr für Jahr **immer weniger Junge die Pensionen von immer mehr Alten finanziieren** müssen. Und es werde kaum Reformbereitschaft gezeigt. Wie dramatisch sich die Erwerbsbevölkerung Österreich in den nächsten 10 Jahren entwickeln wird, haben wir im BAV-Newsletter vom Oktober recherchiert: Zum Nachlesen: **1,9 Mio. Babyboomer gehen bis 2035 in Pension...** [hier...](#)

Länder wie die Niederlande erreichen in der Mercer-Studie 86,1 Punkte (Note A), während Österreich mit 54,5 Punkten im C-Bereich verharrt. Die Studienautoren betonen, dass weltweit ein Trend zu größerer Belastbarkeit der Pensionssysteme und eine Stärkung privater Vorsorge erkennbar sei, aber Österreich bleibe hier deutlich zurück.

Andreas Treichl, jahrzehntelang Vorstandsdirektor der ERSTE Group bringt es in einem Interview im DATUM auf den Punkt: „Schauen Sie sich die Pensionssysteme in Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und der Schweiz an: Dort sind mehr als **hundert Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts in einem Pensionsfonds**, mit dem Resultat, dass diese Länder die Hälfte dessen oder sogar weniger aus dem Budget für Pensionen ausgeben müssen, was Deutschland oder Österreich dafür ausgeben. Stellen Sie sich vor, Österreich müsste nur halb so viel Geld für die Pensionen aus dem Bundesbudget zuschießen. Das Land wäre innerhalb eines Jahres saniert“.

Fiskalrat-Chef Badelt: „Erhöhung des Pensionsalters ist ein Muss“

Auf die dramatisch wachsende Budgetlücke im österreichischen Staatshaushalt weist Christoph Badelt, Vorsitzender des Fiskalrats, seit Jahren hin. Seit dem Vorjahr warnt er besonders eindringlich vor einer **wachsenden Finanzierungslücke**.

Auch der Nachhaltigkeitsbericht 2025 belegt das mit Zahlen. War die prognostizierte fiskalische Lücke im Jahr 2025 mit 2,5 % des Bruttosozialprodukts (kurz BIP) angegeben, werde diese **bis 2070 auf 7 % anwachsen**, wenn keine strukturellen Reformen erfolgen. Als Haupttreiber werden auch hier die **demografischen Faktoren** in Österreich identifiziert: Steigende Lebenserwartung, stagnierendes Beschäftigungswachstum und hohe Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege.

Der Fiskalrat hat **21 unterschiedliche Szenarien durchgerechnet**, in allen trete eine deutliche langfristige Finanzierungslücke zutage. „Betrachtete Einzelmaßnahmen, wie die Erhöhung des Regelpensionsalters um ein Jahr oder eine Bremse für Gesundheitsausgaben, können die Finanzierungslücke zwar verringern, **reichen jedoch bei Weitem nicht aus**, um sie zu schließen.“ Daher: „Um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig zu sichern“, bezeichnet der Fiskalrat „umfassende Konsolidierungsanstrengungen, die weit über das aktuelle Konsolidierungspaket hinausgehen, unausweichlich“.

Den Bericht des Fiskalrats kann man [hier herunterladen...](#)



Hans Jörg Schelling: „Nichtstun geht auf keinen Fall“

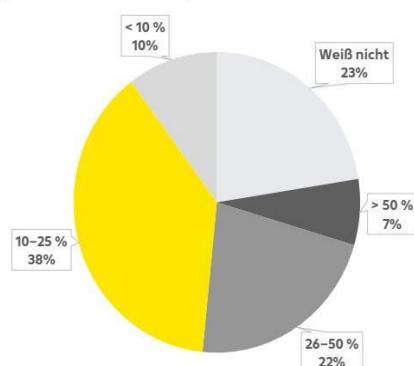
Auch Ex-Finanzminister Hans Jörg Schelling schlug beim AssCompact-Trendtag Alarm: „Die Sozialversicherungssysteme sind solidarisch entstanden, aber wer jetzt nicht handelt, **fährt die Modelle an die Wand.**“ Und begründet dies mit der dramatischen Schere zwischen Pensionsantrittsalter und Lebenserwartung: Während das gesetzliche Antrittsalter seit Jahrzehnten bei rund 60 Jahren liegt, sei die **Lebenserwartung von 68 auf 84 Jahre gestiegen.**

Schelling plädiert für **Anreize für längeres Arbeiten**. Etwa reduzierte Pensionsbeiträge für jene, die über das gesetzliche Alter hinaus tätig bleiben. Auch müsse die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge gestärkt werden. Wer privat vorsorge, solle spürbar profitieren. Ohne kreative Ansätze und **steuerliche Anreize** werde die betriebliche und private Vorsorge nicht ausreichend wachsen.

Steuerliche Anreize als Schlüssel zur privaten Vorsorge?

Eine aktuelle Umfrage von Raiffeisen bringt bedenklich Fakten zu Tage: Einerseits antworten 23% auf die Frage, welche Pensionslücke sie erwarten werde, mit „weiß nicht“. Andererseits geben 46,5% an, dass Sie als Altersvorsorge Sparbuch / Bausparer nutzen würden.

Wie groß schätzen Sie Ihre persönliche Pensionslücke ein?



Welche Maßnahmen haben Sie für Ihre Altersvorsorge bereits getroffen?



Dass Sparbuch und Bausparer nicht für die langfristige Vorsorge geeignet sind, brauchen wir Ihnen werte Berater:innen nicht erzählen. Aber es gilt den **Kund:innen die folgenden Überlegungen näher zu bringen:**

In Zeiten hoher Inflation, die noch dazu mit schlechten Sparbuch-Zinsen einhergehen, bleibt ein **Real-Verlust** beim angelegten Geld. Auch ist das Sparbuch für Vorsorge-Zwecke ungeeignet. **Zu groß kann die Versuchung** werden, rasch benötigtes Geld abzuheben.

Lebenslange Auszahlung des Versicherers macht den entscheidenden Unterschied!

Erhalten die Kund:innen eine monatliche Pension, dann ist weniger die vorherige Verzinsung von Bedeutung als vielmehr die Tatsache, dass aus dem angesparten Kapital eine Pension **lebenslang ausbezahlt** wird. Da wäre das Sparbuch-Guthaben wohl schon lange aufgebraucht, angesichts der vielen Jahre, die wir heute nach Pensionsantritt noch leben.

Doch zurück zur Frage: **Ja, 50 %** der Österreicher würden sich von steuerlichen Vorteilen zu mehr Altersvorsorge motivieren lassen, **weitere 44 % durch persönliche Beratung.**

Aber: Da man angesichts der Budget-Nöte des österreichischen Staates bezweifeln kann, dass der Staat auf Steuereinnahmen verzichten kann oder will, werden wir wohl vergeblich auf Steuervorteile warten. Daher bleibt es weiterhin **Ihre Aufgabe als Berater:innen Ihre Kunden und Kundinnen** auf die enormen Probleme des staatlichen Pensionssystems und die gewaltigen Budget-Defizite des österreichischen Staates eindringlich hinzuweisen. Und dass man unbedingt mit der 2. und 3. Säule vorsorgen sollte, um den eigenen Lebensstandard auch in der Pension aufrecht erhalten zu können.

Quellen: Versicherungsjournal, Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats, FondsProfessionell, Mercer CFA Institute Global Pension Index 2025